

Die Internationale „Promissory Note“ als „Zahlungs-Versprechen“; (Promissory to pay - Zahlungsverprechen)

ist in der aktuell gültigen „Öffentlichen Geldpolitik“, dem „Schuldgeld-System“, in allen treuhänderisch verwalteten sogenannten „UN-Kartellgebieten“, die sich „Staat“ nennen, ein „Höchst-Richterlich“ anerkanntes und bestätigtes „(Zahlungs)-/Ausgleichs-Instrument“ zum Ausgleich u. zur Ausbuchung von „Forderungen/Verbindlichkeiten“ in der „Doppelten Buchführung“ der „Öffentlichen Geldpolitik, dem Schuldgeldsystem und dem verschleierte Staatskonkurs!

„Höchst-Richter“, Lord Alfred Thompson Baron Denning urteilt/besagt, dass ein einmal eingereichter Wechsel/Scheck/Promissory Note wie Bargeld behandelt werden muss. . .

Der Grundsatz ist, dass ein Wechsel, Scheck, eine „NOTE“ (Promissory Note)/analog gegeben und in „Zahlung/Empfang“ genommen wird, wie Bargeld, und nicht nur ein Klagerecht für den Herausgeber/Gläubiger ist, um einen Rechtsstreit zu führen!

Alfred Thompson Baron Denning

* 23. Januar 1899 in Whitchurch; † 5. März 1999 in Winchester) war der wohl einflussreichste englische Richter des 20. Jahrhunderts und **Master of the Rolls**.

Master of the Rolls ist nach dem Lord Chief Justice of England and Wales das zweithöchste Richteramt im englischen Rechtssystem. Der Master of the Rolls sitzt dem Zivilsenat des Berufungsgerichtshofs von England und Wales vor. (Wikipedia)

1923 wurde Denning als Rechtsanwalt (Barrister) in London zugelassen und im Jahre 1938 zum Kronanwalt (King's Counsel) ernannt.



High Court of England and Wales (Bildquelle: von Anthony M. aus Rome, Italy - Flickr, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1114610>)



Urheber: Von Cimasson - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=32465585>

https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Denning

Im Jahre 1944 wurde er Richter am High Court für England und Wales. und schon 1948 an den Court of Appeal (Berufungs-Gericht) berufen.

1957 wurde er zu einem Law Lord als Lord of Appeal in Ordinary, Richter im House of Lords berufen und damit automatisch auch zu einem Life Peer als Baron Denning, of Whitchurch im County of Southampton erhoben.

Fünf Jahre später kehrte er als Präsident (Master of the Rolls) an den Court of Appeal zurück, wo er bis zum Ende seiner richterlichen Tätigkeit im Jahre 1982 blieb.

Denning war der letzte Richter Großbritanniens, der nicht an ein gesetzliches Rentenalter gebunden war, im Alter von 83 Jahren wurde er 1982 jedoch dazu gedrängt, in den Ruhestand zu gehen, nachdem er in einem von ihm verfassten Buch Bemerkungen über die Eignung von Geschworenen machte, die als rassistisch interpretiert wurden. Denning entschuldigte sich für die von ihm gewählte Formulierung und trat von seinem Richteramt zurück.

Als Richter am Court of Appeal gelang es Denning, die Rechtsentwicklung in Großbritannien maßgeblich zu prägen, seine oft für ihren klaren Stil gelobten Urteile machten ihn zu einer nationalen Berühmtheit, auch weit über Fachkreise hinaus. Er wurde schon zu Lebzeiten zu einer nationalen Ikone und zur lebenden Legende.

Auch nach seiner Pensionierung widmete sich Denning weiter der Rechtswissenschaft; in zahlreichen Veröffentlichungen und Interviews sowie durch seine Arbeit im parlamentarischen Teil des House of Lords, dem er weiter angehörte, verstand er es, seiner Meinung weiterhin Gehör zu verschaffen.

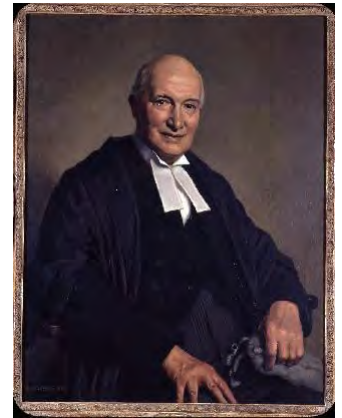
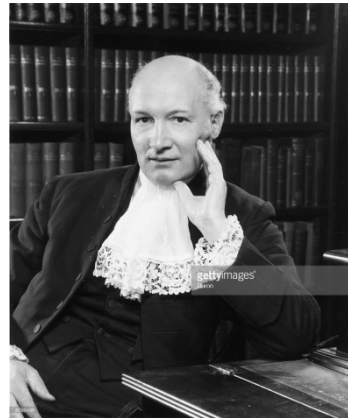
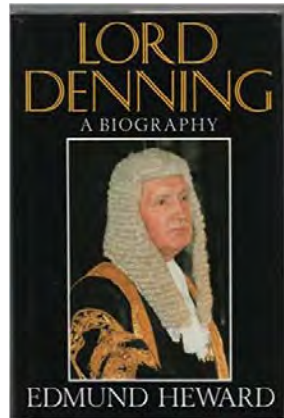
Denning starb sechs Wochen nach seinem hundertsten Geburtstag in einem Krankenhaus in Winchester.

Die britische Krone verlieh ihm den Order of Merit.

Der „**Order of Merit**“ ist ein **britischer Orden**, der am 23. Juli 1902 durch König **Edward VII.** gestiftet wurde, um Persönlichkeiten zu ehren, die herausragende Leistungen beim Militär, in Wissenschaft, Kunst, Literatur oder auf anderen Gebieten erbracht haben.



Öffentlich zugängliche Fotos von „Google und Facebook“ über Lord Alfred Baron Denning



Die Rechtmäßigkeit des vor beschriebenen Prinzips, den Ausgleich von (finanziellen) Forderungen, durch sogenannte „Zahlungs-Versprechen“, in Form von internationalen Instrumenten, als „Promissory Notes“ und mit einer Unterschrift von lebenden Männern und Weibern – den „Alleinigen Wertgebern“ im „öffentlichen Geldsystem“ versehen – ist von Lord Denning, dem führenden Richter des Obersten Gerichtshofs für England und Wales, anlässlich eines Präzedenzfalles, bereits im Jahre 1969, vor diesem „Obersten Gerichtshofs“ bestätigt worden.

(siehe per Lord Denning M.R. in *Fielding & Platt Ltd gegen Selim Najjar* 1969] 1 W.L.N.R. 357 at 361; [1969] 2 All E.R. 150 bei 152, CA)

<http://www.getoutofdebtfree.org/forum/viewtopic.php?f=140&t=37364#p92823>

Das „**Rechtliche Prinzip**“ ist, dass ein Wechsel, Scheck oder NOTE – „**Promissory Note**“ – also wie „Bargeld“ (wie ausgewiesen) gegeben und in „Zahlung“ genommen wird, und nicht als bloßes Klagerecht für den Aussteller/Gläubiger angesehen werden darf (siehe *Jackson gegen Murphy* [1887] 4 T.L.R. 92).

Dies beruht auf der Tatsache, dass in der derzeit geltenden „**Öffentlichen Geldpolitik**“ nur die „**Unterschrift**“ von lebenden Männern und Weibern, „**W E R T E /SUBSTANZ**“ schaffen kann! Alles andere ist „**Kunst, Fiktion und Glaube und Hoffnung**“, aber keine Substanz!

Die unabdingbaren, rechtlich nicht widerlegbaren Tatsachen, Fakten und Rechtsvermutungen, die sich aus dem Urteil von Lord Denning ergeben, sind:

1. Dass alle Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Öffentlichkeit, die von einer öffentlichen kommerziellen fiktiven Einheit/Person, einem öffentlichen Herausgeber/Gläubiger, auch als Haftungs-Gläubiger geltend, einem sogenanntem „Schuldner“ auf der öffentlichen Seite, für eine berechnete und nachgewiesene, auf Lieferung und Leistung, beruhende Forderungen/Schuld/Verbindlichkeit angetragen ist, kann mit dem international gültigen und anerkannten Ausgleichs-Instrument „Promissory Note“ (PN) als Urkunde, das in der Öffentlichkeit ein „Zahlungs-Versprechen darstellt, „Schuldbefreiend“ ausgeglichen werden; wobei
2. zum Beispiel: Aber nicht ausschließlich („Banken, Gerichte, Behörden, Finanz-Amt/-Agentur, Körperschaften, Dienstleister, Standes-Organisationen, Versicherungen, Verwaltungen, Vermieter, Hersteller, Verkäufer, wie auch „System-Relevante“ Unternehmen, wie Versorger (Strom, Gas und Wasser), Mineralölgesellschaften und Firmen des „Lebenserhaltenden Bedarfs auch als (Lebensmittel bezeichnet“)/analog, gelten; und jeweils die Übergabe/Vorlage/Übertragung eines „Zahlungs-Versprechens“, in Höhe des „Nennwertes“, der auf der Promissory Note verzeichnet ist, von dem Vertragspartner und Haftungsgläubiger auf der „Öffentlichen Seite“ in der „Doppelten Buchführung“, dem bezogenen Konto des Schuldners in der Öffentlichkeit zu verbuchen und mit offenen Forderungen zu verrechnen ist; und
3. gilt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sieben Tagen, ein „Defekt“, bzw. ein unheilbarer „Defekt“ nachgewiesen und ein solcher „Defekt“ nicht, mit Siegel und zwei Unterschriften der „Deutschen Bundesbank“, bei dem Herausgeber der PN protestiert ist; und

4. nach kaufmännischen Grundsätzen, ist der Wert der übertragenen Promissory Note, von dem Vertragspartner und „Fiduziaren Treuhänder“, unverzüglich dem Treugut zuzuführen und dem Heraus-/Treugeber eine Buchungs-/Ausgleichs-Bestätigung/Rechenschaftsbericht vorzulegen. Unterläßt dies der „Fiduziare Treuhänder, dann ist dies, als ein anzunehmenden vorsätzlichen Treuhandbruch, als Wertpapierunterschlagung, eine mögliche Zweckentfremdung, Steuerhinterziehung und Entehrung dieses Instruments/Papiers, zu werten; und
5. im Falle, daß ein Vertragspartner und Haftungsgläubiger, eine zweckgebundene PN nicht annimmt bzw. zurücksendet, dann gilt dies sofort als „Annahme-Verzug“ rechtlich gültiger Instrumente, und bestätigt in diesem Fall, dass keine „Schuld/ Forderung (mehr), von Seiten des Herausgebers und Haftungsgläubigers, gegen den „Öffentlichen Schuldner“ besteht“; und
6. dass es, in der „Öffentlichen Geldpolitik“ keinen „gesetzlich“ festgelegten Zwang, nach der eine Forderung/ Verbindlichkeit, in einer „Bestimmten Form“ zu begleichen/auszugleichen ist und schon gar nicht, wenn eine vom „Öffentlichen Gläubiger“ geforderte Form, bei dem „Öffentlichen Schuldner“, auf den Tatbestand der „Unmöglichkeit“ trifft und dies, ein Eingriff in die „Privaten Rechte“ und die „Private Substanz“ nach sich zieht; und
7. nur Männer und Weiber, mit ihrem „Status“ im Treuhandsystem, als Stifter, Gläubiger, Treugeber, allein „Beitragend Begünstigte, als Creditor in Commerc/analog, in der „Öffentlichen Geldpolitik“, mit ihrer „Unterschrift“ – „WERTE“ schaffen – also ein „Papier“, in Form einer Promissory Note als Zahlungsverprechen, mit einem WERT und Unterschrift versehen und dieses, im Schuldgeldsystem in Umlauf bringen, da nur die Unterschrift einen Wert generiert (Siehe Urteil von Lord Denning) und [vergl. § 795 BGB, § 808a BGB].

Nachfolgend die Auszüge aus dem Urteil von Lord Denning, das im Internet vielfach in englischer Sprache veröffentlicht ist; hier mit Übersetzung (Gegenüberstellung)

Lord Denning judgement that says a bill of exchange once tendered has to be treated as cash . .

The principle is that a bill, cheque **or note** is given and taken in payment as so much cash, and not as merely given a right of action for the creditor to litigate a counterclaim (see Jackson v Murphy [1887] 4 T.L.R. 92).

"We have repeatedly said in this court that a bill of exchange or a promissory note is to be treated as cash. It is to be honoured unless there is some good reason to the contrary"

(see per Lord Denning M.R. in Fielding & Platt Ltd v Selim Najjar [1969] 1 W.L.R. 357 at 361; [1969] 2 All E.R. 150 at 152, CA)

<https://fourcornersdoctrine.files.wordpress.com/2015/11/what-is-a-promissory-note-2.pdf>

What Is A Promissory Note?

Sometimes called a Negotiable Instrument or Bill of Exchange, a Promissory Note is a signed piece of paper by the maker of the note, with the amount and an unconditional promise to pay the bearer of that note, either at a fixed or determinable future time or on demand of the payee (the bearer of the note), under specific terms.

Who can make a Promissory Note?

Most people think that it's only the Bank of England, the Queen or the Government (Treasury) that can issue and print money - when in fact, ANYONE CAN!!

Under the Bill of Exchange Act 1882, a Promissory Note is to be treated as cash. This was also confirmed by Lord Denning, a High Court Judge, during a precedent High

Richter Lord Alfred Thompson Baron Denning am High Court / Urteil von 1969 zur Promissory Note (Zahlungsverprechen) Seite 3 von 7

Lord Dennings Urteil, das besagt, dass ein einmal eingereichter Wechsel wie Bargeld behandelt werden muss. . .

Der Grundsatz ist, dass ein Wechsel, Scheck **oder „NOTE“** (Promissory Note) gegeben und in Zahlung genommen wird, wie **Bargeld**, und nicht nur ein Klagerecht für den Gläubiger, um einen Rechtsstreit zu führen, eingesetzt werden darf (siehe Jackson gegen Murphy [1887] 4 T.L.R. 92).

"Wir haben in diesem Gericht wiederholt gesagt, dass ein Wechsel, eine Promissory Note (Schuldschein), als Zahlungsverprechen wie **„Bargeld“** zu behandeln und zu ehren ist, es sei denn, es gibt einen gegenteiligen Grund dafür (ein Defekt).

(siehe per Lord Denning M.R. in Fielding & Platt Ltd gegen Selim Najjar 1969] 1 W.L.N.R. 357 at 361; [1969] 2 All E.R. 150 bei 152, CA)

Was ist eine Promissory Note (PN) / (Schuldschein) (SS)?

Eine Promissory Note, die manchmal auch als "Negotiables Instrument" oder Wechsel bezeichnet wird, ist ein unterschriebenes Stück Papier, das vom Hersteller der PN, mit dem Betrag und einer bedingungslosen Zusage versehen wird, den Inhaber der PN entweder zu einem festen oder bestimmaren zukünftigen Zeitpunkt, oder auf Verlangen des Zahlungsempfängers (des Inhabers der NOTE/PN), unter bestimmten Bedingungen, zu bezahlen.

Wer kann eine Promissory Note ausstellen?

Die meisten Leute denken, dass es nur die Bank of England, die Königin oder die Regierung (Treasury) ist, die Geld ausgeben und drucken kann, **tatsächlich KANN dies JEDER!!**

Nach dem Wechselgesetz 1882, ist eine PN/(SS) wie Bargeld zu behandeln. Dies wurde auch von Lord Denning, einem Richter des Obersten Gerichtshofs, während eines Präzedenzfalles des Obersten Gerichtshofs, im Jahre 1969

Court judgment in 1969. The principle is that a bill, cheque or note is given and taken in payment as so much cash, and not as merely given a right of action for the creditor to litigate a counterclaim (see Jackson v Murphy [1887] 4 T.L.R. 92).



bestätigt. Das Prinzip ist, dass ein Wechsel, Scheck oder PN, genauso wie Bargeld behandelt und in Zahlung genommen wird, und nicht als bloßes Klagerecht für den Gläubiger/Creditor angesehen werden darf (siehe Jackson gegen Murphy[1887] 4 T.L.R. 92).



"We have repeatedly said in this court that a bill of exchange or a promissory note is to be treated as cash. It is to be honoured unless there is some good reason to the contrary."

(See per Lord Denning M.R. in Fielding & Platt Ltd v Selim Najjar [1969] 1 W.L.R. 357 at 361; [1969] 2 All E.R. 150 at 152, CA).

So the next time you pull a Tenner out of your pocket, wallet or purse have a good look at the wording.

They are one and the same. PAPER NOTES ARE PROMISSORY NOTES!! In fact, the only money which can really be considered as proper payment of debts is standard metallic money (coins), due to the fact that its value is based on precious metals.

So essentially a "Prom Note", properly presented, has to be accepted as cash BY LAW!

Where can I use a Promissory Note?

In reality, most people in shops or restaurants wouldn't know what a Prom Note is. It would be like buying something and trying to pay with postage stamps, or getting on a bus and trying to pay with Tesco Club Card points. (Although this method of payment may be accepted if it's AUTHORISED by the vendor.)

On the other hand though, a bank will definitely know what a Promissory Note is. And we sign them all the time whenever we take out a loan or a mortgage. A "credit agreement" is in fact, simply a Promissory Note in disguise.

There are certain circumstances where, in theory, you can pay with a Prom Note. Banks, utility companies and large corporations, allegedly with assets of at least £2million, have to accept Prom Notes as a form of payment, by law.

"Wir haben in diesem Gericht **wiederholt gesagt**, dass ein Wechsel oder eine PN/Solawechsel wie Bargeld zu behandeln ist. Es ist zu ehren, es sei denn, es gibt einen triftigen Grund für das Gegenteil." (Ein Defekt an dem Instrument).

(Siehe per Lord Denning M.R. in Fielding & Platt Ltd. vs. Selim Najjar[1969] 1 W.L.R. 357 at 361; [1969] 2 All E.R. 150 bei 152, CA)

Also, wenn du das nächste Mal einen „Zehner“ aus deiner Tasche, Brieftasche oder Portemonnaie..... dann habe ein gutes Gefühl

Sie sind ein und dasselbe. Papierscheine Noten(Scheine) sind Schuldscheine. Tatsächlich ist das Geld, das wirklich als ordentliche Zahlung der Schulden anerkannt werden kann, das standardmäßige metallische Geld(Münzen), weil sein Wert wirklich auf Edelmetallen basiert.

So muß im Wesentlichen eine "Promissory Note" (als Zahlungsverprechen) richtig präsentiert, als Bargeld angenommen werden, „NACH dem GESETZ“.

Wo kann ich eine Promissory Note einsetzen?

In Wirklichkeit wissen die meisten Leute in Geschäften oder Restaurants nicht, was ein Prom-Note ist. Es wäre so, als würde man etwas kaufen und versuchen, mit Briefmarken zu bezahlen, oder in einen Bus steigen und versuchen, mit Tesco Club Card Punkten zu bezahlen. (Obwohl diese Zahlungsmethode akzeptiert werden kann, wenn sie vom Verkäufer genehmigt wurde).

Auf der anderen Seite aber wird eine Bank definitiv wissen, was ein Promissory Note ist. Und wir unterschreiben sie die ganze Zeit, wenn wir ein Darlehen oder eine Hypothek aufnehmen. Ein "Kreditvertrag" ist in der Tat, einfach eine verklausulierte „Promissory Note“, auch Schuldverschreibung genannt.

Es gibt bestimmte Umstände, unter denen man theoretisch mit einer Prom-Note bezahlen kann. Banken, Versorgungsunternehmen und Großunternehmen, die angeblich über ein Vermögen von mindestens 2 Millionen Pfund verfügen, müssen Prom-Notes als Zahlungsmittel per Gesetz akzeptieren.

In der Praxis werden Sie vielleicht feststellen, dass die

In practice you might find that using a Prom Note to pay your debts or electricity bills will be strongly questioned and probably refused. But if refused, the corporation in question is technically breaking the law!

Verwendung einer Prom-Note, zur Begleichung Ihrer Schulden oder Stromrechnungen, stark in Frage gestellt und wahrscheinlich abgelehnt wird. Aber wenn sie abgelehnt wird, dann verstößt die betreffende Gesellschaft, technisch gesehen, gegen das Gesetz!



Die Promissory Note (PN) als „Zahlungsversprechen“, wird in der BRD nach der Übersetzung auch als „SCHULDSCHEIN (SS)“ bezeichnet und ist auch gleich einer „Bank-Note“, als (Negotiables Instrument), ein gesetzlich geregeltes übertragbares „Zahlungs-/Ausgleichs-Mittel“.

Seit Dezember 1990, unterliegt die Ausgabe von Schuldverschreibungen keinen öffentlich-rechtlichen Beschränkungen, insbesondere gibt es keinen öffentlich-rechtlichen Genehmigungsvorbehalt mehr, so daß „Jede PERSON“, durch die Unterschrift eines Mannes/Weibes, des jeweils „Autorisierten Repräsentanten“, – des Stifters und Gläubigers im Treuhandsystem – der betreffenden Person, eine Inhaberschuldverschreibung, Promissory Note (PN), bzw. SCHULDSCHEIN (SS), als „Zahlungs-Versprechen“, ausstellen/herausgeben kann und darf (siehe Urteil Lord Denning „KANN JEDER/JEDER KANN“!).

Auf der „Öffentlichen Seite“ beruht dies auf dem vereinheitlichten Genfer Wechselgesetz (1930 bis 1933), ist im BGB, durch die „Alliierte Militär- und Nachkriegsgesetzgebung und durch die Freigabe der Beschränkung ab 1990, und danach im Kreditwesengesetz geregelt und freigegeben. International gilt auch der Bill of Exchange Act (BOE), Wechselgesetz der USA und des Vereinigten Königreichs (Großbritannien) von 1882 und die Bestimmungen der UNZITRAEL CONVENTION.

Eine Inhaberschuldverschreibung, eine „Promissory Note“ in DE auch als SCHULDSCHEIN bezeichnet und ein „Zahlungs-Versprechen“ darstellt [vergl. §§ 793 ff. BGB], ist gleich einer Bank-Note als BARGELD, nach dem „Wechselrecht“ ein gesetzlich geregeltes übertragbares „Zahlungs-Mittel“ (Negotiables Instrument).

Der Erhalt – die Übertragung – die Vorlage dieses „Zahlungs-Mittels“ ist (Be)zahlung und in Folge gilt, eine öffentliche Forderung als ausgeglichen. [vergl. UCC 3-311 (d)].

Nochmals zum Verständnis: Anfänge und Auswirkungen des Staatskonkurses der USA 1933

Aktuell ist davon auszugehen, dass es keine Staaten, im Sinn der Staatsrechtslehre von Georg Jellinek, die auf der panamerikanischen Montevideo-Konvention von 1933 festgelegt wurde, mehr gibt. Alle Länder (Territoriale Gebiete) werden durch kommerzielle Einheiten, sogenannte NGOs in Form von Vereinen, unter UN-Treuhandrecht, verwaltet und in der öffentlichen Geldpolitik, im Schuldgeldsystem und dem „Verschleierte (Reorganisations) Staatskonkurs“ operieren.

Dies liegt darin begründet, dass Anfang des 3ten Jahrzehnts im zwanzigsten Jahrhunderts, die „Vereinigte Staaten von (Nord)-Amerika (USA), im Staatskonkurs befanden, war also pleite waren!

In Folge, verabschiedete der Kongress, am 5. Juni 1933, die gemeinsame EntschlieÙung des Repräsentantenhauses die „House Joint Resolution“ (HJR 192) als Bankrott-Erklärung, damit konnte der so genannte „Staatskonkurs“ der vereinigten Staaten aber nicht abgewendet werden!

Damit wurde lediglich eine Möglichkeit geschaffen, im Staatskonkurs, in einem „Schuld-Geld-System“ in der öffentlichen Geldpolitik die amerikanische Volkswirtschaft am Leben zu halten und auf Grundlage von Schulden geschäftlich tätig zu sein.

Auch das damalige „Dritte Reich (Hitler Deutschland)“ führte dieses Schuldgeldsystem ein. Dies wird bis heute, im immer noch besetzten Gebiet und unter „amerikanischem Admiralitäts-Recht“ stehend, fortgeführt.

Das wichtigste, was dieses Schuldgeldsystem betrifft, ist das Ergebnis und die Quintessenz dieser Hous Joint Resolution [HJR-192], dass und trotz Fortbestehen des „Staatskonkurses“, die Volkswirtschaft und Handel und Wandel weiter funktionieren konnten, mit der Folge, dass von diesem Tag an (5. Juni 1933) niemand in dieser Nation eine Schuld rechtmäßig bezahlen konnte, da es kein Goldstandart und somit Werthaltiges „GELD“ mehr gab und wurde zusammen mit der „Executive-Order 6102 zum 01.05.1933“ in Kraft gesetzt.

Seit Inkrafttreten der HJR kann keine öffentliche Schuld/Forderung mehr rechtmäßig bezahlt werden.

Video: <https://vielspassimssystem.wordpress.com/2016/05/29/ursache-allen-uebels/>

Das Einzige, was man tun kann, ist das Verschulden bei der Übertragung von Schulden, wobei die Schulden ständig sind. Die Aussetzung des Goldstandards und das Verbot, Schulden zu begleichen, beseitigten die Substanz, auf der unser Gewohnheitsrecht zu operieren hatte, und schafften eine Lücke, soweit es das Gesetz betrifft.

Mit der HJR-192 wurde der Staatskonkurs der Vereinigten Staaten nicht beendet. Es wurde lediglich eine Möglichkeit geschaffen im bestehenden Konkurs die Volkswirtschaft weiterzuführen. Das Finanzsystem wurde auf ein „Schuld-Geld-System“ umgestellt. Dies hatte zur Folge, dass Waren und Dienstleistungen, die Arbeit und alles was zu einer Volkswirtschaft gehört nicht mehr mit echten positiven Werten sondern mit Schuld (Schuldgeld) ausgeglichen wurden

Die dafür erforderlichen Kredite wurden von den internationalen Banken den Regierungen (Verwaltungen der Länder) die sich Staaten nennen zur Verfügung gestellt. Als Sicherheit wurden diesen Banken die lebenden Männer und Weiber, deren komplette Lebensarbeitsleistung, als Kollateral/Sicherheit zur Verfügung gestellt/verpfändet. Dies war natürlich wieder ein fiktiver Vorgang in den Büchern (Buchführung) der Banken.

Für diesen Zweck wurde auf jedes lebende Wesen der Gattung Mensch eine Geburtsurkunde ausgestellt und als Vermögensmasse/Stiftung/Trust registriert und mit der Bewertung/der Werte an den internationalen Finanzmärkten gehandelt.

Somit sind die lebendigen Männer und Weiber die Sicherungsgeber und in Folge die Gläubiger, Stifter, Treugeber und Garanten dieser öffentlichen Kredite und des volkswirtschaftlichen Systems (Länder/Staaten).

Da ein rechtsgültiger Vertrag nicht einseitig geschlossen werden kann, wurden im Gegenzug diesen Männern und Weibern, die als Gläubiger und Garanten dieser Kredite fungieren, alle Schulden aus der Öffentlichkeit, erlassen.

Dies bedeutet, dass alle öffentlichen Forderungen, die für das „Leben“ unter bestimmten Standards erforderlich sind, „Vor bezahlt“, im Voraus bereits ausgeglichen sind, da die Vorleistung für diese lebenswichtigen und lebenserhaltenden Bedürfnisse, aber aus diesen Krediten, die auf der Lebensarbeitsleistung der Männer und Weiber kreiert wurden, bereits bezahlt sind und Forderungen, die an die Männer und Weiber, in Form einer ihnen zugeordneten Person herangetragen werden, lediglich die Zinsen für diese Kredite darstellen.

Die so genannte „Bezahlung“ der Ausgleich dieser Kredite, kann aber nicht aus der Substanz der lebenden Menschen gefordert werden. Es gibt kein Anspruch und kein verbrieftes Recht, diese Forderungen/Zinsen aus der Substanz, die für den Lebensunterhalt dient, zu bezahlen oder auszugleichen. Ebenso gibt auch kein Recht oder eine Verpflichtung, eine Forderung in einer bestimmten „vorgeschriebenen“ Form zu erfüllen! Es sind für die Erfüllung, alle dafür international zugelassenen „Instrumente“ die eine Forderung ausgleichen können, zugelassen.

Durch den Status, den die Männer und Weiber als Gläubiger, Stifter, Treugeber und Kreditoren erfahren haben können nur diese Männer und Weiber mit ihrer Unterschrift echte Werte schaffen und jedes Papier mit der Unterschrift eines lebendigen Wesens hat WERT. Alles andere (Euro-Scheine, Buch-Fiat-Geld) ist reine Fiktion, die nur durch den Glauben an diese Fiktion, am Leben erhalten wird.

Deswegen können Männer und Weiber jegliche Form von Forderung die letztendlich auch eine Fiktion ist, mit einem Papier das ihre Unterschrift trägt, in der Fiktion der Buchhaltung, zum Ausgleich bringen, diesen Vorgang bezeichnet man, in der „Doppelten Buchführung“ die „Ausgleichende Verbindlichkeit“ zu beziehen. Da nach dem System der öffentlichen Geldpolitik keine Forderung rechtskräftig bezahlt werden kann, ist eine bestehende Forderung, nach Eingang dieses Papiertes, mit der Unterschrift von lebendigen Männern und Weibern, in der „Doppelten Buchführung“ ausgeglichen und die Forderung ausgebucht - sie ist nicht mehr vorhanden!

Bei allen mehr oder weniger gewaltsam ein getriebenen Forderungen in Form von Euroscheinen, Buchgeld, usw. widersprechen diesen Regelungen und dem Gesetz; und haben zur Folge, dass die Männer und Weiber, rechtswidrig ausgeplündert werden und die Fordernden, die Herausgeber der Forderung, das ja meist von staatlicher Strukturen ausgeht, somit doppelt, und sogar mehrfach kassieren und diese erpressten Werte, in der doppelten Buchführung, über die „Off Ledger“ (Verschleierte Nebenkonto) in dunkle Kanäle fließen und als vermutlich anzunehmender Betrug, verbotene Plünderung im Staatskonkurs und als Geldwäsche bezeichnet werden könnten.

Das Fazit dieser gesamten Situation ist, dass nach dem bisherigen Status der Männer und Weiber, auf der einen Seite als Gläubiger, Treugeber Stifter usw. durch die Registrierung der Geburtsurkunde, vom jeweiligen Regierungssystem, eine durch Urkunde geborene juristische Person, die den Namen des Mannes oder Weibes trägt, dem sie zugeordnet wurde, dessen Gründer, Eigentümer, Treuhänder die jeweilige Regierung, auch als Staat bezeichnet, und in Vertretung, ihre jeweiligen Erfüllungsgehilfen, gegenüber den Männern und Weibern, die volle private Verantwortung und Haftung tragen; wenn den Männern und Weibern, IHRE verbrieften Rechte, als „Allein beitragend Begünstigte“, die Nutzung (Nutznießer) dieser Vermögensmasse, dieser Stiftung/Trusts, das landläufig auch als Strohmann-/Kollateralkonto bezeichnet und somit ihre Freistellung von allen Verbindlichkeiten entzogen ist.

Somit ist es Fakt, dass auf Grundlage des Status der in diesem Land lebenden menschlichen Wesen aus Fleisch und Blut, mit Verstand und Sprachvermögen ausgestattet, die Männer und Weiber, alle öffentlichen Forderungen über ihre Freistellung und die Autorität ihrer Unterschrift Werte schaffen, die alle an sie herangetragenen Forderungen, auf der öffentlichen Seite ausgleichen.

Unter dieses Recht fällt die private Annahme mit dem internationalen Instrument „Accept for Value“, das mit der Unterschrift der lebenden Männer und Weiber werthaltig gestellt wird; und jedes geeignete Papier, das eine Zahlung verspricht, also ein Zahlungsverprechen darstellt, und auf der Grundlage beruht, dass diese versprochene Zahlung,

dann geleistet wird, wenn wieder echtes werthaltiges Geld im Umlauf ist und der Reorganisation Konkurs abgewickelt ist. Dies wird auf Grundlage der heutigen Situation allerdings niemals möglich sein.

Als Zahlungsverprechen sind bekannt, die Promissory Note, in Deutschland auch aus Schuldschein bezeichnet, die Bill auf Exchange, verschiedene Arten von Bonds, Wechsel und die gesamte Palette, die das Wechselrecht/-Gesetz, international als Bill auf Exchange Act bezeichnet, anbietet und diese „(Zahlungs-)/Ausgleichsinstrumente, durch die Unterschrift einer „Person“, tatsächlich allerdings eines lebenden Mannes oder Weibes, werthaltig gestellt sind.

Noch was zum Verständnis hinsichtlich Anwendung dieser Tatsachen Fakten und Rechtsvermutungen.

Bei der Herausgabe einer Forderung durch einen Haftungsgläubiger, ist diese Forderung in der doppelten Buchführung – bei Aktiva und Passiva – bereits am Tag der Herausgabe ausgeglichen!

Durch die Zustellung an eine Person erfolgt eine Haftungsverchiebung auf den Adressaten (Holder).

Retourniert nun diese haftende Person diese Forderung, mit seiner Unterschrift „Accept for Value“ bzw. mit einem Zahlungsverprechen in Form einer Promissory Note, ist für ihn die Forderung ausgeglichen und die Haftung erledigt.

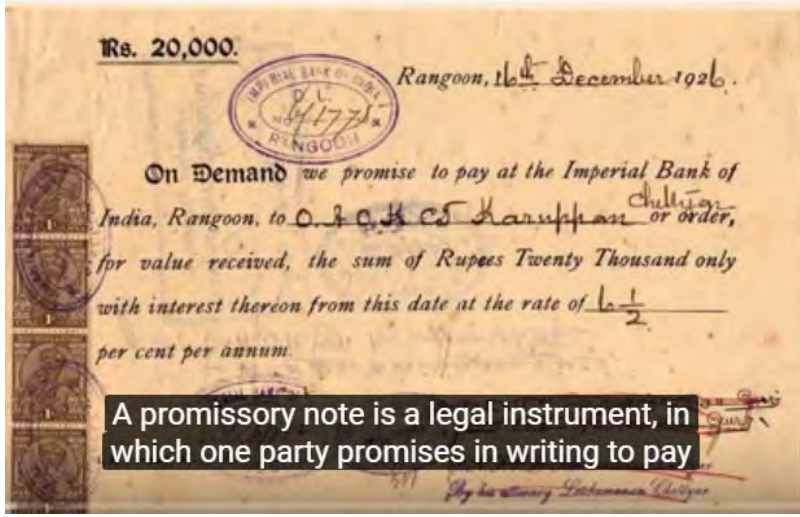
Nach Eingang dieser retournierten Unterlagen bei dem Herausgeber, dem früheren Haftungsgläubiger, ist dieser nun zum fiduziarischen Treuhänder und Haftungsschuldner geworden.

Wird nun dem ursprünglichen Herausgeber der Forderung dieses Forderungs-Dokument, mit Annahemerkerk und Unterschrift, als „Accept for Value“ oder alternativ ein Zahlungsverprechen in Form einer Promissory Note, dem Herausgeber vorgelegt, von diesem angenommen und einbehalten, ist der ursprüngliche Herausgeber nun als Fiduziarer Treuhänder – wenn in der vorgegebenen Frist kein Defekt gemeldet oder ein begründeter Protest eingelegt ist – gilt dies, dass die ursprüngliche Forderung, in der doppelten Buchführung ausgeglichen, ausgebucht und erloschen ist.

Bei diesem Vorgang ist derzeit in der BRD/Germany, also in dem Heimatland der Männer und Weiber, durch die fiktiven Organisationen, der Regierung und ihrer Subunternehmen, bis in die untersten Ebenen der Verwaltungen, ein absolut unehrenhaftes Verhalten gegenüber den Gläubigern Stiftern und Investoren in das Treuhand System an der Tagesordnung.

Kaum ein Herausgeber einer öffentlichen Forderung, kommt aktuell, der Verrechnung von Ausgleichsinstrumenten, gemäß seinem vorgegebenen Status als Haftungsschuldner, Fiduziarer Treuhänder und den ihm obliegenden Grundsätzen eines „Ehrenhaften“ Kaufmanns nach.

Die Missachtung und Verletzung dieser ethischen und treuhänderischen Pflichten liegt der anzunehmende Verdacht zu Grunde, dass hier ein vorsätzliches „Un-Ehrenhaftes Verhalten“ gegenüber den Gläubigern, Begünstigten/analog angewendet wird, das den anzunehmenden Verdacht auf Treuhandbruch, Unterschlagung und Zweckentfremdung, werthaltiger Papiere (Wertpapiere), Steuerhinterziehung, Geldwäsche und die verbotene Plünderung in Staatskonkurs vorliegen könnte.

<h1 style="text-align: center;">Promissory note</h1>  <p>Video nur in Englisch! https://www.youtube.com/watch?v=0Dk7d711FQ8</p>	<p>Promissory Note</p> <p>Promissory Note [IOU]</p> <p>Demand Promissory Note</p> <p>Negotiable promissory note</p> <p>promissory note bond</p> <p>promissory note to bearer</p> <p>promissory note to order</p> <p>maker of a promissory note</p>	<p>Solawechsel {m} Eigenwechsel {m} Schuldschein {m} Schuldbrief {m}fin. Wechselbrief {m} [veraltet]</p> <p>Schuldnerkenntnis {f} [Schuldschein]</p> <p>Sichtsolawechsel {m}</p> <p>Solawechsel {m}</p> <p>Schuldscheindarlehen {n}</p> <p>Schuldverschreibung {f} auf den Inhaber {fin.}</p> <p>Schuldverschreibung {f} an Order</p> <p>Aussteller {m} eines Solawechsels</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Video – Deutsch!

Geld als Schuldschein - Wolfgang Wiedergut: <https://www.youtube.com/watch?v=-STcMDH6bXw>